

Presseerklärung

Mit der Pressemitteilung Nr. 032/2008 vom 18.04.08 hat der Landtag von Baden-Württemberg einen Beschluss des Sozialausschusses bezüglich des medizinischen Rettungsdienstes veröffentlicht. Mit dem einstimmigen Beschluss fordert der Sozialausschuss die Landesregierung auf, das Rettungsdienstgesetz für Baden-Württemberg (RDG) umgehend zu reformieren und binnen zwei Monaten entsprechende Vorschläge zur Verbesserung der präklinischen Notfallversorgung im Land vorzulegen. Die Vorsitzende des Sozialausschusses, die GRÜNEN-Abgeordnete Brigitte Lösch sieht dringenden Handlungsbedarf und forderte die Landesregierung, insbesondere das Ministerium für Arbeit und Soziales, auf, endlich ihren Verpflichtungen als Rechtsaufsicht nachzukommen.

Auslöser für die Sitzung und die Beschlussfassung war eine Petition, welche das „Forum Notfallrettung Stuttgart“ und die „Bürgerinitiative Rettungsdienst“ gemeinsam am 07. November 2007 beim Petitionsausschuss des Landtages eingereicht hatten. Der Petitionsausschuss hat die Petition dann an den zuständigen Fachausschuss verwiesen. Ziel der Petition ist es, das Niveau der Notfallrettung endlich den in anderen Bundesländern teilweise bereits seit Jahrzehnten vorhandenen Qualitätsstandards anzugleichen. Hierzu fordern die Initiatoren unter anderem eine verbesserte Aufsicht der öffentlichen Verwaltung über die Umsetzung der Qualitätsstandards, insbesondere der Einhaltung der Hilfsfrist, sowie die flächendeckende Implementierung von Integrierten Leitstellen und der europaweit einheitlichen Notrufnummer 112 mit der entsprechenden Information der Bevölkerung, die Etablierung von Instrumenten zur Qualitätssicherung (z.B. die Einführung eines „Ärztlichen Leiters Rettungsdienst“) und Festschreibung einheitlicher Ausbildungsstandards, außerdem die Verbesserung der Schnittstellen zwischen Rettungsdienst und Krankenhäusern. Diese Forderungen sollen in einem integrierten Gesetz für Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz dargestellt werden, um so Synergieeffekte zu nutzen und Kosten zu senken. Den genauen Wortlaut der Petition finden Sie unter <http://www.notfallrettung-stuttgart.de/chronik.htm>.

Das Forum Notfallrettung Stuttgart und die Bürgerinitiative erwarten nun von der Landesregierung zeitnahes Handeln, die stringente Umsetzung der Forderungen und die Erarbeitung von konstruktiven Verbesserungsvorschlägen. Vorhandene Qualitätsstandards müssen zutreffend definiert und eingehalten werden. Die in den letzten Monaten erfolgten zaghaften Ansätze, z.B. bei der Implementierung des Euro-Notrufes 112, werden von einigen Rettungsdienstbereichen immer noch nicht umgesetzt. Hier fordern die Initiatoren der Petition von der Landesregierung eine umgehende Wahrnehmung der Rechtsaufsichtsfunktion.

In den letzten Wochen haben die Medien landesweit über haarsträubende und beängstigende Missstände in fast allen Rettungsdienstbereichen berichtet, die lokal zu halbherzigen und teils geradezu panischen Adhoc-Aktionen zur kurzfristigen Verbesserung der Situation geführt haben. Nun ist es an der Landesregierung sich des Themas anzunehmen und umgehend für nachhaltige Verbesserung zu sorgen.

Nähere Informationen zu unseren Initiativen erhalten Sie auf unserer Homepage.

Forum Notfallrettung Stuttgart
c/o Eberhard Schif
Liststraße 66
70180 Stuttgart
Tel. 0176/51310001
eberhardschif@aol.com
www.notfallrettung-stuttgart.de

Bürgerinitiative Rettungsdienst
c/o Joachim Spohn
Untere Halde 9
70771 Leinfelden-Echterdingen
Tel. 0711/7977496
jspohn@web.de